

Hefte aus Burgscheidungen

M. 3. JUN 1984
2256

Gerald Götting

Christen im sozialistischen deutschen Staat

Bilanz und Ausblick zum 35. Gründungstag der DDR



225

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Christen im sozialistischen deutschen Staat
Bilanz und Ausblick zum 35. Gründungstag der DDR

1984

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Erweiterte Fassung der Ansprache des Vorsitzenden der CDU in der festlichen Veranstaltung der Arbeitsgruppe „Christliche Kreise“ des Bezirksausschusses Halle der Nationalen Front der DDR am 29. August 1984 in Bad Lauchstädt anlässlich des 35. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Gestern jährte sich zum 50. Mal ein denkwürdiges Ereignis. Am 28. August 1934 hielt Dietrich Bonhoeffer bei einer internationalen Jugendkonferenz des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen auf der dänischen Nordseeinsel Fanö während einer Morgenandacht für die Delegierten seine berühmt gewordene Ansprache zum Thema „Kirche und Völkerwelt“. Im Unterschied zu den meisten anderen Theologen der Bekennenden Kirche sah Bonhoeffer schon damals sehr deutlich: Die Gefahr, die mit dem Machtantritt der Nazis heraufgezogen war, bedrohte nicht nur den christlichen Glauben und die ungehinderte Arbeit der Kirchen in Deutschland, sondern vor allem den Frieden der Welt. Deshalb forderte er in dieser Rede leidenschaftlich ein „ökumenisches Konzil“, das einen „radikalen Ruf zum Frieden an die Christusgläubigen ausgehen lassen“ solle. „Die Völker warten darauf im Osten und Westen“, erklärte er und fuhr fort: „Die Stunde eilt – die Welt starrt in Waffen, und furchtbar schaut das Mißtrauen aus aller Augen, die Kriegsfanfare kann morgen geblasen werden – worauf warten wir noch? Wollen wir selbst mitschuldig werden wie nie zuvor?“

Die Geschichte hat Bonhoeffers Frage beantwortet. Ein Ökumenisches Friedenskonzil kam nicht zustande. Fünf Jahre später entfesselte Hitlerdeutschland den zweiten Weltkrieg. Abermals sechs Jahre darauf, wenige Monate nach der Befreiung, mußten die Vertreter der Evangelischen Kirchen in Deutschland auf ihrer Stuttgarter Tagung eingestehen: „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.“ In ihrem Schuldbekenntnis klagten sie sich selber an, „daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben“. Für die katholische Kirche in Deutschland mußte die Fuldaer Bischofskonferenz beklagen: „Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören lassen, sind bei den Verbrechen gegen menschliche Freiheit und menschliche Würde gleichgültig geblieben; viele leisteten durch ihre Haltung den Verbrechen Vorschub, viele sind selber Verbrecher geworden.“ Mit anderen Worten: Christen und Kirchen hatten – trotz tapferen antifaschistischen Widerstandes, der vielerorts auch in ihren Reihen geleistet worden war – insgesamt zu wenig dafür getan, der Naziherrschaft auf breiterer Front entgegenzuwirken und unserem Volk wie auch den anderen Völkern die Katastrophe des Hitlerkriegs zu ersparen.

Dietrich Bonhoeffers Friedensappell ist eingegangen in das Vermächtnis, das tapfere Hitlergegner aus allen Schichten unseres Volkes uns hinterlassen haben. Sein Mahnruf zum

Kampf gegen den Krieg ist unverändert gültig, ja ist heute – angesichts weltweiter Gefahren für den Frieden – aktuell wie kaum je zuvor. *Unverändert* bleibt es die vordringlichste gesellschaftliche Aufgabe von Christen, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß der Frieden bewahrt wird. *Verändert* haben sich seit jener Zeit die *Umstände*, unter denen dieser Auftrag zu *erfüllen* ist.

- Damals warnte Bonhoeffer vor einem Krieg, der mit herkömmlichen Mitteln geführt werden würde. Heute lassen die modernen Massenvernichtungswaffen die Gefahren für die Zukunft der Völker, ja für alles Leben auf Erden ins Ungemessene ansteigen. Um so notwendiger ist es, diesen Gefahren entschlossen zu wehren.
- Damals sprach Bonhoeffer zu Vertretern einer Ökumene, die sich ihrer Mitverantwortung für den Frieden noch kaum bewußt geworden war. Heute nimmt überall in den Kirchen die Erkenntnis zu, daß Christen gerufen sind, für den Frieden nicht nur der Herzen, sondern ganz real für den Frieden zwischen den Völkern, für den Frieden auf Erden einzustehen. Diese Einsicht führt immer häufiger zu entsprechendem Handeln.
- Vor einem halben Jahrhundert war die Sowjetunion als erster sozialistischer Staat faktisch das einzige Land, das eine konsequente Friedenspolitik betrieb. Heute verteidigt eine ganze Gemeinschaft sozialistischer Staaten den Frieden, und auf allen Kontinenten sind die Kräfte des Friedens im Wachsen begriffen. Damit sind völlig neue, weitreichende Möglichkeiten entstanden, einen Weltkrieg zu verhindern.
- Vor 50 Jahren mußte Bonhoeffer als Angehöriger des faschistischen deutschen Staates und als einer, der zu diesem Staat in Opposition stand, zu den Abgesandten christlicher Jugend aus anderen Ländern sprechen – als Angehöriger eines Staates, der den Überfall auf andere Völker vorbereitetete. Heute können Christen in unserer Republik ihren Friedensdienst als Bürger des sozialistischen deutschen Staates leisten – des ersten Friedensstaates in der Geschichte unseres Volkes. Hier stimmen christliches Friedensstreben und staatliche Friedenspolitik im Ziel prinzipiell überein.

Eben darin besteht wohl die wichtigste Erfahrung, die christliche Bürger in den 35 Jahren des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik gewonnen haben: In unserem Staat ist der Friede das A und O jeglicher Politik. Werden und Wachsen der DDR sind gleichbedeutend mit der Geschichte des Ringens um den Frieden auf deutschem Boden.

Die Existenz der DDR ist die entscheidende Bürgschaft dafür, daß von diesem Boden nie wieder Krieg ausgeht. Seit ihrer Geburtsstunde weiß unsere Republik sich vorrangig der Aufgabe verpflichtet, mit allen Mitteln den Frieden zu sichern, für Verständigung zwischen den Staaten und für Freundschaft zwischen den Völkern zu wirken.

Die DDR – der deutsche Friedensstaat

Gerade in der gegenwärtig so zugespitzten Weltsituation erweist sich immer von neuem, wie wohltuend sich der Friedenskurs der DDR auf die internationale Lage auswirkt. Zielstrebig und geduldig arbeitet unsere Republik an der Seite der Sowjetunion und der anderen Bruderländer für Sicherheit und Entspannung in Europa und in der Welt. Um die Gefahr eines Kernwaffenkriegs zu bannen, unternimmt sie alles, was in ihren Kräften steht, damit der atomare Rüstungswetlauf gestoppt und der Dialog über den Abbau von Spannungen gefördert wird. Sie ergreift immer neue Initiativen dafür, daß eine Wende von der Hochrüstung zur Abrüstung, von der Konfrontation zu friedlicher Koexistenz und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung herbeigeführt wird.

Außerordentlich hoch ist der persönliche Anteil des Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker, an dieser prinzipienfesten und beharrlichen Politik zu veranschlagen. Seine Gespräche mit den Ministerpräsidenten Kanadas, Schwedens, Griechenlands und Italiens, denen in nächster Zeit weitere Begegnungen vergleichbarer Art folgen werden, erbrachten – trotz teilweise unterschiedlicher Positionen in anderen Fragen – ein hohes Maß an Übereinstimmung darüber, daß es heute keine dringendere Aufgabe geben kann, als eine nukleare Katastrophe zu verhindern. Deshalb ist in den internationalen Beziehungen – so wurde bei diesen Treffen bestätigt – die Rückkehr zu Vernunft und gutem Willen notwendig, um den Frieden zu sichern und die Wohlfahrt der Völker zu fördern. Für solche ständige und konstruktive Suche nach Wegen, auf denen sich die Beziehungen zwischen den Staaten friedlich entwickeln können, sind wir alle dem Vorsitzenden des Staatsrates zutiefst dankbar.

Ein gutnachbarliches Zusammenleben setzt natürlich die Bereitschaft voraus, von den Realitäten in der Welt von heute auszugehen und die berechtigten Interessen aller beteiligten

Seiten zu berücksichtigen. Dieser Grundsatz gilt selbstverständlich auch für das Verhältnis zwischen der DDR und der BRD — ja in diesem Falle erst recht. Die Lehren der Geschichte und die besonderen Bedingungen an der Trennlinie zwischen den beiden stärksten Militärsystemen der Welt verpflichten im Interesse der europäischen und der internationalen Sicherheit dazu, die bisherigen Ergebnisse des Prozesses der Entspannung und der Zusammenarbeit sorgsam zu wahren und nach Möglichkeit auszubauen. Die Beziehungen gemäß dem europäischen Vertragswerk und insbesondere dem Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD als Beziehungen zwischen zwei souveränen, gleichberechtigten Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und Bündniszugehörigkeit nach dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils zu entwickeln — das allein ist der Weg, auf dem sich Fortschritte bei der weiteren Normalisierung des Verhältnisses zwischen DDR und BRD ermöglichen lassen.

Die Sicherung und Festigung des Friedens — das hat Erich Honecker in seinem Interview für „Neues Deutschland“, die „Berliner Zeitung“ und ADN mit Nachdruck festgestellt — ist die alles überragende Frage, besonders für die beiden deutschen Staaten und ihr Verhältnis zueinander. Ihm kommt für die Sicherheit auf unserem Kontinent und für das internationale Klima hohe Bedeutung zu. „Verantwortungsgemeinschaft“ oder „Sicherheitspartnerschaft“ bedeutet daher für uns vor allem, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem sich die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zum Wohle der Völker entwickeln kann. Deshalb wird die DDR — wie Erich Honecker hervorhob — auch künftig den Dialog mit den politisch Verantwortlichen in der BRD fortsetzen und mit allen zusammenarbeiten, die den Realitäten Rechnung tragen und sich von Vernunft und gutem Willen leiten lassen. Gleichzeitig hat er angesichts der Versuche von Rechtskräften im Westen, die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsentwicklung in Frage zu stellen, auf die Notwendigkeit verwiesen, revanchistische Tendenzen der Ultras und ihrer Gefolgsleute in allen politischen Lagern der staatstragenden Kreise in der BRD zu entlarven und zurückzudrängen.

Bei dieser Aufgabe wird die SED von den mit ihr verbündeten Parteien, von allen gesellschaftlichen Kräften in der DDR unterstützt, weil die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsentwicklung von entscheidender Bedeutung für den Weltfrieden sind. Die BRD kann nicht aus den Verpflichtungen entlassen werden, die sie mit ihrer Unterschrift unter die Verträge mit den sozialistischen Ländern ein-

gegangen ist. In diesem Sinne — so erklärte Erich Honecker in seinem Interview — gestalten wir die bilateralen Beziehungen.

Internationale Probleme ausschließlich friedlich lösen!

Die DDR folgt dem Grundsatz, daß internationale Probleme ausschließlich mit friedlichen Mitteln gelöst werden dürfen. Ein erstrangiges Anliegen erblickt sie darin, daß die bedrohlich anwachsenden Kernwaffenbestände gemäß dem Grundsatz von Gleichheit und gleicher Sicherheit eingefroren, schrittweise reduziert und schließlich beseitigt werden. Unbeirrbar tritt sie dafür ein, daß die Nuklearmächte nach sowjetischem Beispiel auf den Ersteinsatz von Kernwaffen und auf neue Weltraumwaffen verzichten, daß die Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO übereinkommen, auf militärische Gewalt zu verzichten und friedliche Beziehungen zueinander aufrechtzuerhalten. Die DDR wirkt dafür, daß Europa und die Welt von chemischen Waffen befreit, daß die Militäretats eingeschränkt, daß kernwaffenfreie Zonen auf unserem Kontinent und in anderen Weltregionen geschaffen werden.

Das sind Ziele, die seit Jahr und Tag auch in den Kirchen unseres Landes ebenso wie in weltkirchlichen Kreisen immer nachhaltiger vertreten werden. Um sie zu erreichen, erstrebt die Staatsführung unserer Republik eine umfassende Koalition der Vernunft mit allen, die ehrlich daran interessiert sind, daß Frieden bleibt. Als ausgesprochene Fehlkalkulation hat sich die Ansicht gewisser imperialistischer Kreise herausgestellt, mehr Rüstung bringe mehr Sicherheit. Eine Illusion wäre allerdings auch die Annahme, wer sich einseitig entwaffne, fördere den Frieden. Das militärische Gleichgewicht war und bleibt eine unerläßliche Gewähr für einen stabilen Frieden. Dieses Gleichgewicht auf eine immer niedrigere Stufe abzusenken — das ist unsere feste Absicht.

Christen empfinden sehr wohl, wie positiv sich eine solche Haltung von dem Kurs derer abhebt, die auf militärische Überlegenheit über den Sozialismus ausgehen, ja ihn am liebsten mit einem atomaren „Kreuzzug“ aus der Welt schaffen möchten. Was der USA-Präsident kürzlich in einem unbedachten Moment geäußert hat — er wolle Rußland austilgen und habe befohlen, mit dem Bombardement zu beginnen —, war kein schlechter Scherz, sondern Ausdruck einer politischen und Militärdoktrin, die aus antikommunistischer Verblendung im Ernstfall das Äußerste riskieren würde, um die

imperialistische Globalstrategie durchzusetzen. Das aber heißt heute, mit dem Überleben der Menschheit zu spielen. Wie zerbrechlich würde der Friede erst werden, wenn solche Politiker auch noch die Möglichkeit erhielten, militärische Auseinandersetzungen in den Weltraum zu tragen!

Alles muß getan werden, um zu verhüten, daß die Gegensätze zwischen den Gesellschaftsordnungen mit kriegerischen Mitteln ausgetragen werden. Zur friedlichen Koexistenz gibt es keine vertretbare Alternative. Deshalb wirkt die DDR gemeinsam mit den sozialistischen Bruderstaaten und zusammen mit den Friedenskräften in aller Welt darauf hin, daß Vernunft und Besonnenheit, guter Wille und Realismus in den internationalen Beziehungen die Oberhand gewinnen. Natürlich müssen wir in Rechnung stellen, daß sich mit dem Auftauchen neuer atomarer USA-Erstschlagsraketen in der BRD und anderen westeuropäischen NATO-Ländern die Lage verschärft und die Gefahr für den Frieden erhöht hat. Unsere Antwort darauf ist, jetzt erst recht das offensive Friedensengagement der DDR zu verstärken. So würdigte kürzlich auch der Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Dr. Christoph Demke, in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirks Halle, Alfred Kolodniak, das intensive Bemühen der DDR-Regierung um Wege, „die Rüstungsförderung zu stoppen, eine Umkehr einzuleiten“ und „eine Politik der Vernunft durchzusetzen“.

Übereinstimmend wurde bei diesem Treffen „das bewußte Engagement von Christen anerkannt, sich als Bürger der DDR verantwortungsvoll für den Frieden einzusetzen“. Was den Sozialismus in unserem Lande und weltweit erstarken läßt, dient gleichzeitig einem sicheren Frieden. Diese Einsicht ist bei christlichen Bürgern unseres Landes in dreieinhalb Jahrzehnten verantwortlicher Mitarbeit an der Verwirklichung sozialistischer Friedenspolitik gewachsen und gereift. Deshalb beteiligen sich ungezählte christliche Werktätige jetzt zu Ehren des 35. Gründungstages der DDR so tatkräftig am sozialistischen Wettbewerb um den bisher höchsten volkswirtschaftlichen Leistungsanstieg in der Geschichte unseres Landes. Auch im Bezirk Halle nehmen Bürger aus christlichen Kreisen lebhaften Anteil an den vielfältigen Initiativen, mit denen in allen gesellschaftlichen Bereichen unsere Republik aus Anlaß ihres Jubiläums gestärkt und gefestigt wird. Allen christlichen Mitbürgern, die hier so aktiv die Volksbewegung zum 35. Geburtstag der Republik unterstützen, sei herzlich gedankt.

Das Gemeinschaftswerk aller Bürger

Die Deutsche Demokratische Republik ist das Gemeinschaftswerk aller ihrer Erbauer. 35 Jahre DDR — das sind dreieinhalb Jahrzehnte erfolgreichen Zusammenwirkens von Bürgern unterschiedlicher sozialer Herkunft, Weltanschauung oder Konfession. Ihr kameradschaftliches und vertrauensvolles Miteinander hat sich in diesen 35 Jahren entwickelt und bewährt. Dreieinhalb Jahrzehnte sozialistischen Aufbaus in der DDR umfassen einen großen Prozeß tiefgreifender politischer und ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen. Auf der festen Grundlage der neuen Gesellschaftsverhältnisse bildeten sich auch neue Beziehungen zwischen den Menschen heraus — nicht mehr gekennzeichnet durch feindliches Gegeneinander wie in der kapitalistischen Gesellschaft mit ihren antagonistischen Klassengegensätzen, sondern zunehmend geprägt von kameradschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe.

Auch im Verhältnis zwischen Christen und Nichtchristen ist früheres Mißtrauen mehr und mehr einer freundschaftlichen Gemeinsamkeit in der gesellschaftlichen Praxis gewichen. Christen haben von Marxisten gelernt, wie gesellschaftliche Probleme zielstrebig anzugehen und im Interesse des Volkes zu lösen sind. Marxisten wiederum haben noch besser gelernt, in christlichen Mitbürgern aktive Mitstreiter für den Frieden und für das Wohl des Menschen zu erkennen und zu achten. So wuchs ein Vertrauensverhältnis, das wesentlich dazu beigetragen hat, die politisch-moralische Einheit unseres Volkes herauszubilden, und vereinte Arbeit für das Gemeinwohl ermöglicht.

Aber auch für Christen selbst sind alte Klassenschranken, die sie voneinander trennten, durch die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft hinfällig geworden. In der feudalen und auch in der bürgerlichen Ordnung verliefen doch die Klassenfronten auch durch die Reihen der Christen. Der Grundherr und der Leibeigene sprachen zwar ein gemeinsames Glaubensbekenntnis, aber ihre ökonomischen und sozialen Interessen waren grundverschieden. Der christliche Unternehmer und der christliche Arbeiter versammelten sich zwar im Sonntagsgottesdienst unter der gleichen Kanzel, um dasselbe Evangelium zu hören — aber wie sie diese Botschaft auslegten, hing doch sehr von ihrer ganz gegensätzlichen Position in der Gesellschaft ab. Dabei ist gar keine Frage, wer in den Kirchen wirklich den Ton angab; in der Regel waren das nicht die Ausgebeuteten und Unterdrückten, sondern die Besitzenden und Herrschenden.

Mit dieser Klassenspaltung in sozial bevorrechtigte und sozial benachteiligte Christen ist es nun bei uns ein für allemal vorbei. Der Sozialismus versetzt alle Bürger in ein gleiches Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Auf dieser Basis ergibt sich die soziale und politische Gleichheit der Bürger. Damit entfällt auch das frühere Gegenüber von Obrigkeit und Untertan. Alle Bürger haben unter unseren Verhältnissen das gleiche Recht und die gleiche Pflicht, in Staat und Gesellschaft nach bestem Vermögen mitzuplanen, mitzuarbeiten und mitzuzuregieren.

Weggefallen sind auch frühere Privilegien von Kirchen, die aus jahrhundertelanger Verflochtenheit von Christentum und jeweils herrschender Klassenideologie, von alten konstantinischen Bindungen zwischen Staat und Kirchen herrührten. Diese Bindungen begünstigten den Mißbrauch christlicher Glaubenswerte und kirchlicher Institutionen für die Politik der jeweils regierenden Gewalten und ließen die Wirksamkeit der christlichen Botschaft verkümmern. Darüber sind sich heute auch die Theologen und Kirchenhistoriker weitgehend einig.

Aber diese Vergangenheit hat lange nachgewirkt. Staat und Kirchen *formalrechtlich* und *organisatorisch* voneinander zu trennen ist eine Seite der Sache; darin besteht ja eigentlich schon eine Grundforderung der bürgerlich-demokratischen Revolution. Aber die viel schwierigere Seite der Sache besteht darin, die *Vorstellungswelt* zu überwinden, die sich mit der altüberkommenen Einheit von Thron und Altar verband. Das hat auch bei uns in kirchlichen Kreisen einen langen Zeitraum beansprucht – und niemand wird behaupten wollen, daß dieser Vorgang des Umdenkens schon überall an sein Ziel gelangt wäre.

Freie Religionsausübung und gesichertes Wirken der Kirchen

Insbesondere in Kreisen der protestantischen Landeskirchen hat es viel Mühe bereitet, geschichtlich überholte Bindungen abzustreifen und den Standort dieser Kirchen im Sozialismus neu zu bestimmen – waren sie doch seit dem Jahrhundert der Reformation nicht nur kirchenrechtlich, sondern auch geistig am engsten mit der damaligen Staatsgewalt gekoppelt. Demgegenüber war die katholische Kirche in unserem Raum seit jener Zeit überwiegend in der Position einer Minderheit gewesen, die oft genug um ihre Rechte hatte kämpfen müssen. Und was die kleineren Glaubensgemeinschaften anbetrifft, so

bedeutet für sie die Arbeiter-und-Bauern-Macht überhaupt erst die Möglichkeit, sich ungehindert und gleichberechtigt entfalten zu können. Unser sozialistischer Staat jedenfalls behandelt alle Religionsgemeinschaften gleich, mischt sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten ein und gewährleistet allen ihren Gliedern, ungestört ihren Glauben ausüben zu können.

Das Leben in unserem Lande zeugt allerorten von der Breite und Vielfalt kirchlicher Wirkungsmöglichkeiten. Von den vielen Tatsachen über die Aktivität der Kirchen und Religionsgemeinschaften seien an dieser Stelle die folgenden Beispiele genannt:

- Die 7200 Gemeinden der evangelischen Landeskirchen werden von etwa 4300 Pfarrern und Pastorinnen, die rund 1000 Pfarreien und Seelsorgestellen der katholischen Kirche von etwa 1300 Priestern betreut. Daneben wirken gleichberechtigt und gleichgeachtet etwa 40 Freikirchen und weitere Religionsgemeinschaften. Die Jüdischen Gemeinden, die in einem Verband zusammengeschlossen sind, verfügen über acht Synagogen und ein Gebetshaus.
- Das innerkirchliche Leben vollzieht sich selbstverständlich in voller Freiheit. Neben den regelmäßigen Gottesdiensten und Messen findet für die Glieder der Kirch- und Pfarrgemeinden eine Vielzahl von Veranstaltungen – Bibelstunden, Andachten, Exerzitien, Zusammenkünfte von Männer-, Frauen-, Familien- und Jugendkreisen, Christenlehre und Konfirmationsunterricht oder (in der katholischen Kirche) Religions- und Erstkommunionsunterricht – in kircheneigenen Räumen statt. Bestandteil des kirchlichen Lebens sind ferner Veranstaltungen der Evangelischen Akademien und der katholischen Bildungsseminare, Beratungen der evangelischen Gemeindekirchenräte und Synoden, der katholischen Pfarrgemeinderäte, Kirchenvorstände und Dekanatsräte, nicht zu vergessen die traditionellen katholischen Prozessionen.
- Die sechs theologischen Sektionen an den staatlichen Universitäten zählen gegenwärtig rund 500 Studierende; hinzu kommen kirchliche Ausbildungsstätten mit Hoch- und Fachschulcharakter. Für die Ausbildung evangelischer Theologen an den Universitäten, die in voller Höhe aus dem Staatshaushalt finanziert wird, stehen jährlich rund 4 Millionen Mark zur Verfügung.
- Hohes gesellschaftliches Ansehen genießt die kirchliche Fürsorgetätigkeit und Sozialarbeit. Die evangelischen Kirchen in der DDR verfügen unter anderem über 48 Krankenhäuser und Heilstätten, 89 Heime für geistig und körperlich Behinderte, 117 Erholungs- und Freizeitheime, 330

Alters- und Pflegeheime, 326 Kindertagesstätten und 425 Gemeindepflegestationen. Insgesamt sind in den 1354 evangelischen Einrichtungen etwa 15 000 Mitarbeiter tätig. Zu den karitativen Einrichtungen der katholischen Kirche gehören 7 Krankenpflegeschulen, 34 Krankenhäuser, 11 Pflege- und 107 Altersheime, 39 Kurheime, 44 Kinderheime und 310 Schwesternstationen. Die Gesamtzahl der dort tätigen Mitarbeiter beläuft sich auf rund 7350, darunter etwa 1500 Ordensschwesterinnen.

- Sammlungen der von den evangelischen Landes- und Freikirchen getragenen Aktion „Brot für die Welt“ erbrachten bisher annähernd 60 Millionen Mark, die in guter Zusammenarbeit der Kirchen mit dem DRK der DDR und mit dem Solidaritätskomitee der DDR dafür verwendet wurden, den Opfern von Naturkatastrophen zu helfen, nationale Befreiungsbewegungen zu unterstützen und Entwicklungsprojekte in national befreiten Staaten zu fördern. Ähnliches gilt für das Spendenaufkommen des katholischen Bischöflichen Hilfswerks „Not in der Welt“, das sich im jährlichen Durchschnitt auf etwa 2 Millionen Mark beläuft.
- Christliche Literatur erscheint in den kirchlichen und anderen Verlagen der DDR jährlich in etwa 500 Titeln – das sind knapp 10 Prozent aller Titel der DDR-Verlagsproduktion – mit rund 5 Millionen Exemplaren. So werden Jahr für Jahr zum Beispiel eine halbe Million Bibeln oder Teilausgaben biblischer Schriften hergestellt. Die 32 kirchlichen Wochenblätter und theologischen Zeitschriften haben eine Gesamtauflage von rund 13 Millionen Exemplaren.
- National und international hoch anerkannt ist das kirchenmusikalische Leben und Schaffen in der DDR; erinnert sei hier nur an den Magdeburger Domchor, die Thüringer Sängerknaben, den Rostocker Motettenchor, den Eisenacher Bachchor und die Dresdener Kapellknaben.
- Seit dem zweiten Weltkrieg wurden etwa 3000 zerstörte oder beschädigte Kirchen und Kapellen, zumeist mit staatlicher Unterstützung, wiederaufgebaut. Allein für den Wiederaufbau, die Erhaltung und Rekonstruktion denkmalwerter kirchlicher Bauten stellt unser Staat jährlich 2,2 Millionen Mark bereit. Darüber hinaus werden seit mehreren Jahren in einem Sonderbauprogramm zahlreiche evangelische und katholische Kirchen und Gemeindezentren in Neubaugebieten errichtet; einige davon, zum Beispiel in Eisenhüttenstadt, Gera-Lusan, Leipzig-Grünau, Jena-Lobeda, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Berlin, wurden bereits fertiggestellt.

- Außerdem gewährt der Staat jährlich finanzielle Zuwendungen für andere kirchliche Zwecke, so etwa 200 Millionen Mark für kostendeckende Pflegesätze in den diakonischen Einrichtungen und Krankenhäusern, fast 11 Millionen Mark an die evangelischen Landeskirchen als Zuschüsse zur Pfarrbesoldung sowie als Pachtgebühren, über eine Million Mark an die katholische Kirche, 120 000 Mark an Freikirchen und kleinere Religionsgemeinschaften.

- An jedem Sonntag und kirchlichen Feiertag überträgt Radio DDR eine kirchliche Morgenfeier. Außerdem sendet der Rundfunk zum Wochenende Nachrichten aus dem kirchlichen Leben. Vierteljährlich strahlt das Fernsehen der DDR eine kirchliche Sendung aus. Alle diese Sendungen werden von den Kirchen und Religionsgemeinschaften in eigener Verantwortung gestaltet.

- Vielfältige Beziehungen unterhalten die Kirchen in der DDR zur Ökumene: zum Weltrat der Kirchen, zum Vatikan, zu den konfessionellen Weltbünden, zu einer Vielzahl von Kirchen in sozialistischen und nichtsozialistischen Ländern. Fruchtbar wirken sich insbesondere die Beziehungen zur Russischen Orthodoxen Kirche, aber auch zu anderen Glaubensgemeinschaften in den sozialistischen Bruderländern aus. Nicht zuletzt fördern sie das wachsende Friedensengagement unserer Kirchen und tragen dazu bei, es weiter zu profilieren.

- Gleichberechtigt und gleichverpflichtet nehmen Christen auf allen gesellschaftlichen Ebenen ihre staatsbürgerliche Verantwortung zum Wohl des Ganzen wahr. Zehntausende christliche Bürger üben auf Vorschlag der CDU, anderer Parteien und der Massenorganisationen ein Mandat als Volksvertreter aus, unter ihnen viele Bürger, die haupt- oder ehrenamtlich im kirchlichen Dienst wirken. Viele christliche Bürger leisten als Mitglieder des Friedensrates der DDR, in der Christlichen Friedenskonferenz oder der Berliner Konferenz europäischer Katholiken sowie in den Ausschüssen der Nationalen Front und ihren Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ einen unmittelbaren und aktiven Beitrag für den Frieden und für die weitere Ausgestaltung des gesellschaftlichen Lebens in unserem sozialistischen Staat.

Alle diese Fakten sprechen dafür: Was die Freiheit der Religionsausübung anbetrifft, so sind von staatlicher Seite her den Kirchen seit Bestehen der DDR gute Möglichkeiten gegeben, ihren Standort in unserer Gesellschaft zu finden. Ihn zu beziehen und mit Leben zu erfüllen ist natürlich ihre eige-

ne Aufgabe. Entscheidend dafür war und ist die Bereitschaft, die gesellschaftliche Wirklichkeit in unserem Lande als eine dauerhafte Realität zu akzeptieren, sie „anzunehmen“, wie das hier und dort im kirchlichen Sprachgebrauch ausgedrückt wird — sich also auch innerlich auf den Boden dieser Wirklichkeit zu stellen. Das ist eine Position, wie sie vor wenigen Monaten der Erfurter katholische Bischof Dr. Joachim Wanke mit den Worten ausgedrückt hat: „So leben wir als Christen mit allen Rechten und Pflichten gern hier in diesem schönen Land, in unserer Heimat.“

Vielfältige wertvolle Traditionen

Das Verständnis für die gesellschaftliche Gegenwart und das daraus erwachsende Vertrauen in die Zukunft werden erleichtert durch den Blick auf die Vergangenheit, auf die Lehren der Geschichte, auf die vielfältigen guten Traditionen, auf die sich Christen gleich allen anderen Volkskräften bei uns berufen können. Die deutsche Geschichte ist reich an christlichen Persönlichkeiten, die zu ihrer Zeit beispielgebend für den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt eingetreten sind. Gerade erst im vergangenen Jahr hat sich am Beispiel der Martin-Luther-Ehrung deutlich gezeigt, daß unsere Republik in allen humanistischen Überlieferungen der deutschen und der Weltgeschichte wurzelt. Immer wieder bewahrt sich das Wort Erich Honeckers aus der konstituierenden Sitzung des Martin-Luther-Komitees der DDR 1980: „Zu den progressiven Traditionen, die wir pflegen und weiterführen, gehören das Wirken und das Vermächtnis all derer, die zum Fortschritt, zur Entwicklung der Weltkultur beigetragen haben, ganz gleich, in welcher sozialen und klassenmäßigen Bindung sie sich befanden.“

Gerade der Bezirk Halle verfügt über ein reiches historisches Erbe, das wir uns immer weiter erschließen und immer tiefer aneignen. So vollzog sich das Wirken der Reformatoren und ihrer Zeitgenossen — von Persönlichkeiten wie Martin Luther, Thomas Müntzer oder Philipp Melancthon — größtenteils auf dem Boden dieses Bezirks. Das Martin-Luther-Gedenken im vergangenen Jahr hat uns diese progressive Tradition besonders nachdrücklich vergegenwärtigt. In Halle und Wittenberg, in Eisleben und anderen Orten des Bezirks, die so eng mit Luthers Lebensgang verknüpft sind, haben Bürger aus allen Schichten über weltanschauliche oder konfessionelle Unterschiede hinweg Großes geleistet, um

die Martin-Luther-Ehrung als Gemeinschaftswerk aller gesellschaftlichen Kräfte würdig vorzubereiten und durchzuführen. Daran haben zusammen mit den staatlichen Organen auch die Ausschüsse der Nationalen Front und ihre Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ wesentlichen Anteil gehabt. Für ihre initiativreiche Aktivität sei an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich gedankt. Gern denken wir auch an die außerordentlich gewinnbringende wissenschaftliche Konferenz zurück, die aus gleichem Anlaß die Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg vor knapp einem Jahr zusammen mit der Akademie der Wissenschaften der DDR veranstaltet hat; sie hat unser Bild von Luther und seiner Zeit weiter ausgeprägt, vielfältig bereichert und den legitimen Bezug auf unsere heutigen Aufgaben verdeutlicht.

Die Luther-Ehrung war und ist ein fortwirkendes Beispiel dafür, wie das geschichtliche Erbe in seiner Gesamtheit von allen Kräften unseres Volkes aufgearbeitet wird, wie sie gemeinsam die progressiv-humanistischen und demokratischen Traditionen schöpferisch in Besitz nehmen. Das wird sich im kommenden Jahr ein weiteres Mal bestätigen, wenn Johann Sebastian Bach, Georg Friedrich Händel und Heinrich Schütz im Mittelpunkt zahlreicher Ehrungen stehen werden. Halle weiß sich zum Beispiel mit Händel, dessen Geburtstag sich 1985 zum 300. Male jähren wird, besonders eng verbunden. In Halle wurde er geboren und getauft, hier wurde er von Zachow an der Orgel ausgebildet, hier studierte er die Rechte und versah gleichzeitig das Organistenamt der deutsch-reformierten Gemeinde im Dom. In seinen Opern wie in seinen Oratorien, in seinen Kantaten wie in seinen Instrumentalkompositionen verband sich Gottes Lob mit den menschlichen und freiheitlichen Ideen des aufsteigenden Bürgertums. Mit seiner Musik — so sagte er selber — wollte er die Menschen nicht nur unterhalten, sondern sie vor allem bessern. In unserem Staat ist Halle nicht nur mit dem Händel-Denkmal und dem Händel-Haus, sondern auch mit den Händel-Festspielen und der Halleschen Händel-Ausgabe seit langen Jahren ein Zentrum lebendiger Erbpflege.

In Halle zu Hause ist mit einem entscheidenden Teil seiner Lebensleistung auch ein Mann wie August Hermann Francke, der pietistische Theologe und bedeutende Volksbildner, dessen Name bis in unsere Zeit einen guten Klang hat. Jeder von uns kann gewiß aus seinem Wirkungskreis weitere Beispiele dafür nennen, daß diese Kette positiver Traditionen bis in unsere Tage weiterreicht — bis hin zu den evangelischen und katholischen Geistlichen und Laien, die

dem Faschismus ihren Widerstand entgegengesetzten, eingekerkert und hingerichtet wurden. Zugleich sind auf dem Boden dieses Bezirks große Traditionen der Arbeiterklasse beheimatet, beispielsweise aus den revolutionären Kämpfen der Jahre nach dem ersten Weltkrieg oder aus den mutigen Aktionen der weitverzweigten „Antifaschistischen Arbeitergruppe Mitteldeutschlands“, in der neben Kommunisten und Sozialdemokraten auch christliche Werktätige im Mansfelder Land ihren Mann gestanden haben.

Zu dem verpflichtenden Erbe aus der Vergangenheit unseres Volkes haben also Marxisten und Christen, haben alle progressiven und revolutionär-demokratischen Kräfte beigetragen. Dieses Erbe gehört uns allen; es zu wahren und weiterzuentwickeln ist unsere gemeinsame Aufgabe. An solche Überlieferungen anzuknüpfen hilft vielen christlichen Bürgern, inneren Zugang zu unserer Gesellschaft zu finden. Daraus erwächst Geschichtsbewußtsein im Sinne dessen, was der Aufruf zum 35. Jahrestag der Gründung der DDR mit den Worten feststellt: „Der Sozialismus in der DDR ist Erbe und Fortsetzer alles Guten, Fortschrittlichen, Humanen und Demokratischen in der Geschichte, weil er selber Fortschritt, Demokratie und Humanität verkörpert. Das schöpferische Verhältnis zur deutschen Geschichte und zur Weltgeschichte“, so heißt es dort weiter, „ist ein wesentliches Element unseres sozialistischen Nationalbewußtseins.“

Standortfindung als Kirchen im Sozialismus

Die fünfunddreißigjährige Geschichte der DDR ist gleichbedeutend mit einem historischen Prozeß tiefgreifender politischer und ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen. Damit sahen sich naturgemäß auch die Kirchen vor viele neue Fragen gestellt. Gegnerische Versuche, das Christentum im psychologischen Krieg gegen den Sozialismus zu Hilfe zu nehmen, haben es den Kirchen in unserer Republik in bestimmtem Maße zusätzlich erschwert, sich gesellschaftlich neu zu orientieren. Um so höher ist zu werten, daß trotz aller hinderlichen Faktoren der Prozeß der Standortbestimmung in kirchlichen Kreisen während der zurückliegenden dreieinhalb Jahrzehnte merkliche Fortschritte gemacht hat.

Wichtig war, daß sich in unseren Kirchen selber die Kräfte fanden und durchsetzten, die bereit und imstande waren, sich von der NATO abzugrenzen, die staatsbürgerliche Position von Christen in unserer Republik eindeutig herauszuarbeiten

und ihre Mitverantwortung für den Frieden aktiv wahrzunehmen. Nur allzu häufig wurden sie dafür anfangs verdächtigt und nicht selten diskriminiert. Der Ausdruck „Friedenspfarrer“ galt damals noch in manchen kirchlichen Kreisen als „Schimpfwort“, und selbst eine so integre Persönlichkeit wie der evangelisch-lutherische Landesbischof Moritz Mitzenheim in Thüringen wurde beschuldigt, „am fremden Joch zu ziehen“, wie seine kirchenpolitischen Gegner seine Haltung bezeichneten. Ich erinnere daran nur, um zu zeigen, daß die Entwicklung zu gedeihlichen Beziehungen zwischen Staat und Kirchen nicht ohne Komplikationen verlief.

Und doch hat sich mit geschichtlicher Folgerichtigkeit jene Linie durchgesetzt, die im wohlverstandenen Interesse der Kirchen und ihrer Glieder liegt. Die Stationen dieses Weges sind allgemein bekannt. Nur die wichtigsten seien hier erwähnt:

- Am 21. Juli 1958 gaben die Vertreter der evangelischen Kirchen in der DDR nach Beratungen mit Ministerpräsident Otto Grotewohl ihre erste Loyalitätserklärung gegenüber unserem Staat ab. Sie versicherten, daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der DDR und ihrer Regierung übereinstimmt. „Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeit“, hieß es in dieser gemeinsamen Erklärung. „Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei.“ Diese Begegnung war ein erster wichtiger Schritt auf dem Wege zu geordneten Beziehungen der evangelischen Kirchen zu unserem Staat.
- Außerordentlich wichtig für den Erfolg dieses Bemühens war, daß die christlichen Bürger selber diese Entwicklung vorantrieben. Zu einem ersten Höhepunkt dabei wurde am 9. Februar 1961 das Gespräch Walter Ulbrichts mit einer Delegation unter Leitung von Professor Emil Fuchs, die dem Staatsratsvorsitzenden einen von über 32 000 christlichen Bürgern unterzeichneten Brief überreichte. Darin wurde die Aussage der Programmatischen Erklärung vom 4. Oktober 1960 begrüßt, daß das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze seien.
- Am 18. August 1964 betonten Walter Ulbricht und Landesbischof Mitzenheim bei einem Treffen auf der Wartburg 50 Jahre nach dem Ausbruch des ersten Weltkriegs und

25 Jahre nach dem Beginn des zweiten Weltkriegs die gemeinsame humanistische Verantwortung von Bürgern unterschiedlicher Weltanschauung und Konfessionszugehörigkeit für die Erhaltung und Sicherung des Friedens.

- Bei der Diskussion über den Entwurf der sozialistischen Verfassung hob am 29. Februar 1968 der Thüringer Landesbischof bei einer Konferenz von Weimarer Bürgervertretern mit dem damaligen Staatsratsvorsitzenden hervor: „Die Staatsgrenzen der Deutschen Demokratischen Republik bilden auch die Grenze für die kirchlichen Organisationsmöglichkeiten“, während Walter Ulbricht seinerseits den Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung aller Bürger bekräftigte.
- Nachdem sich 1969, also im 20. Jahr des Bestehens der DDR, die evangelischen Landeskirchen in unserer Republik aus der Verklammerung mit den BRD-Kirchen gelöst und den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR gebildet hatten, leisteten die darauffolgenden Bundessynoden wichtige Beiträge dazu, das Selbstverständnis des Bundes und der in ihm zusammengeschlossenen Gliedkirchen deutlicher zu profilieren. So wurde festgestellt, Kirche in der DDR wolle Zeugnis- und Dienstgemeinschaft *im* Sozialismus sein, nicht *neben* dem Sozialismus und nicht *gegen* den Sozialismus.
- Grundlegende Bedeutung hatte das konstruktive, freimütige Gespräch, zu dem am 6. März 1978 der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, den Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR empfing. Bei dieser Zusammenkunft würdigte Erich Honecker das Friedensengagement der Kirchen, äußerte seine Wertschätzung für ihre humanitäre Hilfe an Notleidende und um ihre Befreiung kämpfende Völker, für die diakonische Arbeit in den kirchlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens und bekräftigte den Grundsatz, daß alle Bürger gleichberechtigt und gleichgeachtet sind, daß sie uneingeschränkt in die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft einbezogen werden. Für die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen erklärte ihr damaliger Vorsitzender, Bischof Albrecht Schönherr, daß der Christ „sich von seinem Glauben her mitverantwortlich sowohl für das Ganze als auch für den einzelnen und für dessen Verhältnis zum Ganzen weiß“ und daß die Kirche im Sozialismus dem christlichen Bürger wie auch der einzelnen Gemeinde helfen wolle, „das Beste für alle und für das Ganze zu suchen“, und zwar „vor allem bei dem

Hauptthema unserer Zeit: Erhaltung und Sicherung des Friedens“.

- Das gleichlaufende kontinuierliche Bemühen unseres Staates um ein verfassungsgerechtes und vertrauensvolles Verhältnis auch zur katholischen Kirche fand seinen bisher sichtbarsten Ausdruck in dem Gespräch Erich Honeckers mit dem Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz, dem Dresdener katholischen Bischof Gerhard Schaffran, am 15. Januar 1981. Der dabei geführte freimütige Meinungsaustausch über die Beziehungen zwischen katholischer Kirche und Staat, über die internationale Lage und weitere Fragen bezeugte das Interesse unseres Staates an einer gedeihlichen Atmosphäre in den Beziehungen zur katholischen Kirche ebenso wie deren Bestreben, Vertrauen mit Loyalität und Verständnis zu beantworten. – Den Respekt der DDR vor den Friedensaktivitäten des Vatikans und den guten Willen unseres Staates zu einem korrekten Verhältnis mit der katholischen Weltkirche bekundeten auch die offiziellen Delegationen, die unter meiner Leitung in Rom an der Beisetzung Papst Pauls VI., an der Amtseinführung Papst Johannes Pauls I., an den Trauerfeierlichkeiten nach seinem Hinscheiden und an der Inthronisation Papst Johannes Pauls II. teilnahmen.

Auf dem Wege, der durch solche Etappen markiert ist, wurden in den dreieinhalb Jahrzehnten seit der Gründung unserer Republik schrittweise und nicht immer problemlos, aber doch kontinuierlich und mit vorwärtsweisender Tendenz tragfähige Grundlagen „für die weitere Entwicklung sachlicher, verfassungsgerechter und verständnisvoller Beziehungen“ zwischen unserem Staat und den Kirchen gelegt, wie Erich Honecker 1981 im Bericht des Zentralkomitees an den X. Parteitag der SED ausführte. „Die Beziehungen gewannen an Offenheit, Verständnis und Bereitschaft zu konstruktiven Regelungen“, unterstrich er und fuhr fort: „Diese Politik hat sich bewährt. Wir setzen sie auch in Zukunft fort.“

Tragfähigkeit und Lebenskraft dieser Grundsätze erwiesen sich beispielgebend in der sachgerechten Zusammenarbeit des Martin-Luther-Komitees der DDR und des Lutherkomitees der Evangelischen Kirchen. Daß beide die von ihnen geplanten Veranstaltungen und Aktivitäten jeweils in eigener Verantwortung und zugleich in guter Abstimmung miteinander vorbereiteten und durchführten, hat das gegenseitige Vertrauen gestärkt und den Erfolg der beiderseitigen Vorhaben wesentlich mitbestimmt. Damit ist eine neue Qualität im Verhältnis der Kirchen zu unserem Staat vorgezeichnet, die uns zuversichtlich in die Zukunft blicken läßt.

Als vorbildlich kann auch das Zusammenwirken unseres staatlichen Gesundheitswesens mit den diakonischen Einrichtungen der evangelischen Landes- und Freikirchen wie mit den caritativen Einrichtungen der katholischen Kirche gelten. Der selbstlose Dienst der Nächstenliebe, der hier an kranken und geschädigten oder betagten Mitbürgern geleistet wird, ist ein unverzichtbarer Bestandteil tätiger Sorge um den Menschen und wird von der gesamten Gesellschaft hoch geschätzt. Hier zeigt sich an einem treffenden Beispiel, wie staatliche und kirchliche Arbeit bei durchaus eigenständiger Motivation im konkreten Falle in die gleiche Richtung zielen und bei guter Koordination gemeinsam förderliche Ergebnisse erbringen können.

Vertrauensvolle Beziehungen zwischen Staat und Kirchen

Vor allem zwei Faktoren waren es, die den bisherigen Erfolg des Bestrebens herbeigeführt haben, vertrauensvolle Beziehungen zwischen Staat und Kirchen in der DDR herzustellen und auszubauen. In erster Linie zu nennen sind dabei die konsequente und prinzipientreue Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer Partei, die geradlinige und zugleich elastische Staatspolitik in Kirchenfragen, die zielstrebig aufklärende und überzeugende Arbeit aller gesellschaftlichen Kräfte, die in der Nationalen Front der DDR zusammenwirken. Viele kirchliche Amtsträger und parteilose christliche Laien sprechen anerkennend über die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, die ihnen geholfen habe, Probleme unserer Zeit in ihren tieferen Zusammenhängen zu verstehen, Partei für unseren Friedensstaat zu ergreifen und sich gesellschaftlich aktiv zu betätigen. Zum Unterschied von christlichen Parteien mit bürgerlicher Orientierung – so heben diese Freunde hervor – biete die CDU bei uns die Möglichkeit, sich wirklich für das Wohl des Ganzen zu engagieren.

Verdienstvoll ist die Aktivität der Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ bei den Ausschüssen der Nationalen Front. Hier hat sich eine Traditionslinie herausgebildet, die mit dem Wartburg-Gespräch des Nationalrats mit namhaften Persönlichkeiten des kirchlichen Lebens im Juni 1957 einsetzte und bis zu den zahlreichen Zusammenkünften mit Bürgern aus diesem Bereich im Vorfeld der diesjährigen Kommunalwahlen und des 35. Jahrestages der DDR reicht. Auch durch diese beständige politisch-ideologische Arbeit konnte der Wandel im gesellschaftlichen Denken und Verhalten ungezählter

christlicher Bürger mit sichtbaren Ergebnissen gefördert werden.

Damit wurden die Gemeindeglieder selber – und dies ist der zweite wesentliche Faktor – zu einer starken Kraft im Drängen nach normalen, ja möglichst vertrauensvollen Beziehungen der Kirchen zu unserem Staat. Diese Gemeindeglieder stehen aktiv im Leben. An ihrem Arbeitsplatz und in ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit sind sie daran beteiligt, den entwickelten Sozialismus in unserem Lande zu erbauen und weiter auszugestalten. Dabei verspüren sie immer wieder, daß in unserer Republik erstmals in der Geschichte unseres Volkes christliche Bürger durch ihr Schaffen für Sozialismus und Frieden in vollem Einklang mit ihren eigenen Lebensinteressen und mit den gesellschaftlichen Konsequenzen aus den Prinzipien christlicher Ethik handeln können. Hier ist ihr Dienst am Nächsten und am Frieden nicht mehr durch Klassenschranken begrenzt und behindert – hier vollzieht er sich mit gesamtgesellschaftlicher Wirksamkeit und übereinstimmend mit grundsätzlichen Anliegen und Zielen der Staatspolitik.

Das ist zweifellos die bedeutendste Erkenntnis, die Christen aus 35jähriger Mitarbeit an der Entwicklung unserer Republik gewonnen haben. Entscheidend dafür waren ihre Eindrücke und Erfahrungen aus der gesellschaftlichen Praxis. Davon wissen die vielen Ortsgeistlichen zu berichten, die in ihrer Gemeinde oft schon seit langem ein gutes Verhältnis zu ihrem Bürgermeister und zu den gesellschaftlichen Kräften haben, nicht zuletzt dank den Gesprächen des Rates der Gemeinde, des Ausschusses der Nationalen Front und der Ortsgruppe der CDU mit dem Gemeindekirchenrat, wie sie vielerorts zur Regel geworden sind. Davon wissen zugleich viele tausend Christen zu sprechen, die als Abgeordnete in täglicher Kleinarbeit die Interessen der Bürger, die Interessen des ganzen Volkes vertreten. Davon wissen auch die vielen zehntausend christlichen Bürger, die im Mach-mit-Wettbewerb der Nationalen Front gemeinsam mit ihren weltanschaulich vielleicht andersdenkenden Nachbarn Hand anlegen, um ihrer Stadt oder ihrer Gemeinde ein schöneres Antlitz zu geben – darunter auch solchen Gebäuden und Anlagen, die kirchliches Eigentum sind.

Überall in Staat und Wirtschaft, im sozialen und geistig-kulturellen Bereich sind christliche Bürger gleichberechtigt und gleichverantwortlich daran beteiligt, unser öffentliches Leben zu gestalten und zu bereichern. Was wir vor zwei oder drei Jahrzehnten mit dem Begriff von der „christlichen Existenz im Sozialismus“ zunächst mehr theoretisch formuliert

hatten, ist in unserem Lande schon längst zur gesellschaftlichen Realität geworden und ist heute für Christen der Normalfall im praktischen Leben. Die meisten kirchlichen Amtsträger wissen selbst, daß sie gut daran tun, diesen unbestreitbaren Sachverhalt in ihrer eigenen Arbeit zu berücksichtigen. Sich mit den sogenannten Randgruppen unserer Gesellschaft zu beschäftigen mag durchaus angebracht sein; aber jeder Ortsgeistliche weiß auch, daß er gut beraten ist, wenn er sich in seiner Gemeindegliederarbeit in erster Linie auf jene ungezählten Gemeindeglieder orientiert, die bewußt im Sozialismus leben und wirken.

Der Wandel in der gesellschaftlichen Stellung und Haltung christlicher Bürger spiegelt sich mehr und mehr auch in der theologischen Lehre und Forschung wider. Theologie soll sich ja nach vorherrschender Ansicht ihrer maßgeblichen Vertreter in erster Linie als Hilfe für die Kirchen verstehen, soll also ihre Amtsträger und die Gemeindeglieder dabei unterstützen, die jeweils aktuellen Probleme in Zeugnis und Dienst zu bewältigen. Das tun viele unserer Theologen bereits seit langem — in aller Vielfalt wissenschaftlicher Lehrmeinungen, doch mit der gemeinsamen Absicht, christlichen Bürgern unseres sozialistischen Staates hilfreich zur Seite zu stehen, wenn es gilt, ihre gesellschaftlichen Erfahrungen zu verallgemeinern und sie zu wirksamem Dienst am Frieden, am weiteren gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Lande zu ermutigen.

Christliche Verantwortung im Einklang mit der Gesellschaft

Gesellschaftliche Verantwortung kann und soll der Christ natürlich unter *allen* sozialökonomischen und politischen Bedingungen wahrnehmen — im Kapitalismus wie im Sozialismus. Doch *wie* und *in welcher Richtung* er dieser Verantwortung gerecht wird, hängt sehr von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Umständen ab. Selbstverständlich soll und kann er auch im Kapitalismus zum Beispiel praktische Nächstenliebe üben; aber damit wird er sehr bald an die Schranken der Klassengesellschaft stoßen. Wo das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln gesetzmäßig dazu führt, daß die arbeitenden Menschen ausgebeutet werden, ist in der gesellschaftlichen Realität das Streben nach Höchstprofit stärker als die ethischen Postulate des Christentums; dort muß das Verlangen nach sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit im Maßstab der ganzen Gesellschaft unerfüllt bleiben.

Selbstverständlich kann und soll der Christ auch in kapita-

listischer Umwelt nach besten Kräften für den Frieden eintreten. Aber in dieser Gesellschaftsordnung selber liegen bekanntlich die Wurzeln für Hochrüstung und Eroberungspolitik. Der Kapitalismus zerreibt die Menschen im Auf und Ab von Konjunktur, Krise und Depression, von Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeiten. Einen eindringlichen Anschauungsunterricht dafür bieten die dreieinhalb Jahrzehnte, die der 35jährigen Geschichte unserer Republik vorausgingen — also die Zeit von 1914 bis 1949. Erster Weltkrieg und Inflationsjahre, Faschismus und zweiter Weltkrieg, das katastrophale Ende der Nazizeit und die schweren Jahre der unmittelbaren Nachkriegsperiode — wieviel Unglück haben diese dreieinhalb Jahrzehnte über unser Volk und über andere Völker gebracht!

Erst mit dem antifaschistisch-demokratischen Neubeginn und mit der Gründung unserer Republik wurde ein grundlegend anderes Kapitel der deutschen Geschichte eingeleitet. Erst jetzt gewannen Christen — geschichtlich gesehen — die Möglichkeit, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung im prinzipiellen Einklang mit den bestehenden Verhältnissen umfassend zu entsprechen. Der Sozialismus will Frieden und soziale Gerechtigkeit für alle — er will also genau das, was Christen seit jeher ersehnen und erstreben. Mehr noch: in der geschriebenen Geschichte der Menschheit ist er die erste Ordnung, in der diese Anliegen gesellschaftliche Wirklichkeit werden.

Heute verfügt der reale Sozialismus trotz der komplizierten internationalen Lage über alle Potenzen, zwei wichtige strategische Ziele gleichzeitig in die Tat umzusetzen, nämlich die Vorzüge der neuen Ordnung immer wirksamer für das Wohl der Menschen zu nutzen und den Frieden der Welt zu schützen. In einer Gesellschaft, die solche Ziele vertritt, können Christen sich nicht auf eine Position „kritischer Distanz“ begeben — hier ist ihnen Mitarbeit geboten. Hier sind sie gerufen, ihren Beitrag dafür zu leisten, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse immer weiter ausgebaut und vervollkommen werden, damit das Wohl des Nächsten gemehrt und mit der Kraft des Sozialismus der Frieden immer wirksamer verteidigt werden kann. Für Christen wäre es tragisch, würden sie nicht diese Zusammenhänge erkennen und daraus die richtigen Schlüsse ziehen.

Christliche Ethik — das ist heute wohl allgemein anerkannt — motiviert und verpflichtet zum Dienst an der Welt. Das gilt erst recht in einer Zeit wie der unseren, in der so viele drängende Menschheitsprobleme gelöst werden müssen. Da können Christen nicht ausweichen und sich in die Innerlichkeit

zurückziehen; das würde dem Wesen christlicher Verantwortung widersprechen. Da können sie auch nicht versuchen, eine Haltung „zwischen den Fronten“ einzunehmen – da heißt es, sich zu entscheiden. Neutralität oder Passivität dort, wo es um den Frieden und um den Nächsten geht, sind einem Christen nicht erlaubt. Hier muß er einen festen Standpunkt beziehen und danach handeln. Diese Einsicht hat sich in weiten kirchlichen Kreisen unserer Republik seit geraumer Zeit immer mehr durchgesetzt.

Die Kirchen selbst sind bekanntlich keine gesellschaftliche Kraft im Sinne einer politischen Partei oder einer gesellschaftlichen Organisation. Parteien und Organisationen vertreten die politischen Interessen bestimmter sozialer Gruppen. Das haben Kirchen zwar früher, gewollt oder ungewollt, ebenfalls getan; aber das sollte bei uns endgültig der Vergangenheit angehören, wenn sie ihrem eigenen Selbstverständnis entsprechen wollen. Andererseits sind Kirchen natürlich insoweit eine gesellschaftliche Größe, als sie das Denken und Handeln vieler Menschen beeinflussen. Die Frage ist nur, wie sie diesen Einfluß ausüben.

Dietrich Bonhoeffer formulierte kurz vor seinem Tode die Erkenntnis, die Kirchen müßten lernen, „Kirche für andere“ zu sein und „an den Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilzunehmen – nicht herrschend, sondern helfend und dienend“. In solchem Sinne handeln Kirchen heute, wenn sie ihren Einfluß darauf verwenden, das Gemeinwohl zu fördern und für den Frieden zu wirken. Das heißt unter unseren Verhältnissen, daß die Kirchen den Gemeindegliedern helfen, „einen Weg in der sozialistischen Gesellschaft in der Freiheit und Bindung des Glaubens“ zu finden, wie von evangelischer Seite in dem Gespräch vom 6. März 1978 versichert wurde.

Niemand bei uns erwartet von den Kirchen, daß sie den Sozialismus biblisch rechtfertigen. Keiner verlangt von ihnen, daß sie das Evangelium dem Sozialismus anpassen. Weder die Theologie noch der wissenschaftliche Sozialismus würden das akzeptieren. Der Sozialismus versteht sich nicht als „Reich Gottes auf Erden“ und stellt die Kirchen nicht in den Dienst politischer Zwecke. Gerade darin unterscheiden sich die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten von den früher herrschenden Klassen, die ihr Herrschaftssystem und ihre politischen Absichten nur allzu gern von den Kirchen sanktionieren ließen. Eben dieser grundsätzliche Unterschied zwischen früheren und heutigen Gesellschaftszuständen eröffnet neue Möglichkeiten freien Dienstes im Sinne von Lehre und Auftrag der Kirchen selbst.

Freiheit soll sich nach christlichem Verständnis stets mit Verantwortung verbinden. Freiheit bedeutet, aus Einsicht in den gesetzmäßigen Gang der Geschichte solche Gesellschaftsverhältnisse herbeiführen und mitgestalten zu können, die jedem einzelnen erlauben, seine Fähigkeiten voll zu entwickeln, seine menschlichen Wesenseigenschaften umfassend auszuprägen und seine Anlagen in den Dienst am Ganzen zu stellen. Gerade das aber ist unter sozialistischen Bedingungen in einem Umfang möglich wie in keiner Gesellschaftsordnung zuvor.

Der Raum der Freiheit erweitert sich mit dem wachsenden Maß an Sachkenntnis, mit der der einzelne zu entscheiden und zu handeln vermag. Gesellschaftliche Sachkenntnis benötigt der Christ, wenn er seinen Dienst am Nächsten und am Frieden effektiv ausrichten will. Auch in dieser Hinsicht haben Christen in unserem Lande viel von der Arbeiterklasse lernen können. Dem Studium der modernen Gesellschaftswissenschaften verdanken sie wertvolle Erkenntnishilfe und wichtige Einsichten in die Bedingungen, Ziele und Methoden des gesellschaftlichen Engagements, das heute gefordert ist.

Gemeinsame humanistische Verantwortung von Christen und Marxisten

Selbstverständlich existieren geistige Unterschiede zwischen marxistisch-leninistischer Philosophie und christlichem Glauben, die jeden Versuch einer Synthese unmöglich machen. Gesellschaftlich vorrangig aber sind die entscheidenden sozialen und ethischen Fragen, in denen Marxisten und Christen auf der Basis der gemeinsamen humanistischen Verantwortung übereinstimmen. Daß diese Gemeinsamkeiten eine feste und tragfähige Grundlage für vereintes Handeln bieten, hat sich in den dreieinhalb Jahrzehnten konstruktiver Zusammenarbeit am Aufbau unserer Republik immer deutlicher erwiesen. Drei dieser Gemeinsamkeiten seien abschließend noch einmal hervorgehoben.

Da ist erstens das Streben nach dem Wohl des Menschen, nach seinem materiellen und geistigen Wohlbefinden in der Gemeinschaft, das Streben nach zwischenmenschlichen Beziehungen, die der Würde des Menschen entsprechen und die ihm ermöglichen, seine Persönlichkeitswerte voll zu entfalten. Der Sozialismus rückt das Wohlergehen des Menschen in den Mittelpunkt und erhebt es zum Ziel aller gesellschaftlichen Prozesse. Durch planmäßigen ökonomischen Leistungs-

anstieg schafft er die Voraussetzungen für wachsende Wohlfahrt jedes einzelnen, für soziale Sicherheit und Geborgenheit. Im Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft beschränkt er sich nicht darauf, Menschenrechte abstrakt zu proklamieren, sondern er verwirklicht grundlegende Menschenrechte in der gesellschaftlichen Praxis: das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, das Recht auf gesundheitliche Fürsorge, das Recht auf politische Mitbestimmung, das Recht auf Teilnahme am kulturellen Leben der Gesellschaft, vor allem aber das Recht auf ein Leben in Frieden — um hier nur die wichtigsten Menschenrechte zu erwähnen, die erst im Sozialismus voll wirksam werden. Hier fallen für den Christen die Pflicht, für den Nächsten dazusein, und die staatsbürgerliche Pflicht zur Mitverantwortung für das Ganze weitgehend zusammen.

Zweitens stimmen Marxisten und Christen in der Wertschätzung schöpferischer Arbeit überein. Christliches Arbeitsethos bewährt sich bei uns heute tausendfältig im Ringen christlicher Werktätiger um beispielhafte Ergebnisse in der Planerfüllung zum 35. Jahrestag der DDR. Der sozialistische Wettbewerb ist auf wachsende Wirtschaftskraft unseres Landes orientiert, damit der Kurs der Hauptaufgabe erfolgreich fortgesetzt werden kann. Bekanntlich sind es die wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Leistungen der arbeitenden Menschen, die über den weiteren sozialen und geistig-kulturellen Fortschritt unserer Gesellschaft, über steigenden Wohlstand eines jeden Bürgers entscheiden. Überall dort, wo Christen und Nichtchristen nach höherer Produktivität und Qualität der Arbeit streben, wo sie bemüht sind, die volkswirtschaftlichen Prozesse umfassend zu intensivieren, die Ergebnisse von Wissenschaft und Technik ökonomisch noch besser wirksam zu machen, durch neue Technologien und neue Erzeugnisse zu höherer Effektivität zu gelangen — überall dort werden beispielsweise auch die Voraussetzungen dafür erarbeitet, daß unser sozialpolitisches Programm, das uns gemeinsam so sehr am Herzen liegt, planmäßig weiter in die Tat umgesetzt werden kann. Unter diesem Blickpunkt wächst auch in kirchlichen Kreisen das Verständnis für das Leistungsprinzip, das unserem volkswirtschaftlichen Aufschwung zugrunde liegt und das allein auf zunehmendes Wohl des Menschen orientiert ist — nicht auf höheren Profit der Unternehmer, wie bei dem Leistungsdruck, dem die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern ausgesetzt sind.

Drittens und vor allem vereinen sich bei uns Christen und Nichtchristen zu gemeinsamer Arbeit für den Frieden. „Die DDR“ — so heißt es im Aufruf zu ihrem 35. Jahrestag — „ist der erste deutsche Staat, der keinerlei territoriale Forderungen

gegenüber anderen Staaten erhebt, der die bestehenden Grenzen ohne Wenn und Aber anerkennt und für die Lösung aller Probleme mit ausschließlich friedlichen Mitteln eintritt.“ Aus vielen Gesprächen mit Vertretern des öffentlichen Lebens in anderen Ländern weiß ich, wie froh sie darüber sind, daß heute ein deutscher Staat existiert, den niemand in der Welt mehr zu fürchten braucht. War deutscher Boden in früheren Zeiten oft genug der Ausgangspunkt von Kriegen, so gehen vom Boden unseres Landes einzig Frieden und Völkerfreundschaft aus. Auch deshalb, ja gerade deshalb wissen sich christliche Bürger der DDR mit ihrem Staat verbunden und stärken ihn nach besten Kräften.

In den dreieinhalb Jahrzehnten des Bestehens unserer Republik ist sichtbar geworden: In der wachsenden Einheit aller Volkskräfte besteht eine der wertvollsten Errungenschaften unserer Entwicklung und zugleich eine der wichtigsten Grundlagen unserer Erfolge. Diese politisch-moralische Einheit herauszubilden und zu vertiefen ist gewiß ein langanhaltender und nicht immer leichter Prozeß; aber er schreitet voran, und wir alle haben daran unseren Anteil: Wir gestalten ihn mit, und wir haben teil an seinen Ergebnissen. Die große Volksbewegung zum 35. Jahrestag der Gründung unseres Staates läßt uns auf diesem Wege weiter vorwärtskommen.

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 217 Gerald Götting, Huldrych Zwingli – Zum 500. Geburtstag des Schweizer Reformators
- 218 Helmut Lück, Vancouver 1983 – Zum Ertrag der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen
- 219 Wolfgang Hanke, Kirchenmusik in der DDR – Eine erste Bestandsaufnahme
- 220 Wolfgang Heyl, Erhalten und gestalten – Zu einigen gesellschaftspolitischen Aspekten der Landeskultur
- 221 Gerald Götting, Martin Niemöller – Kämpfer gegen den Faschismus, Kämpfer für den Frieden
- 222 Hertha Jung, Familie im Sozialismus – Gesellschaftliche Geborgenheit und eigenverantwortliche Gestaltung
- 223 Ilse Bertinetti, Bekenntnis und Entscheidung – 50 Jahre Theologische Erklärung von Barmen
- 224 Günter Wirth, Nachfolge und Engagement – Zum 110. Geburtstag von Emil Fuchs